Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
Neuer Paragraph	Fraktion Alternative / CSP Neuer Paragraph für „Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau“. Gemäss den Vorschlägen des Stadtrats und den in der BPK beschlossenen Korrekturen.	
§ 2 Bauausführung	§ 2 Bauausführung	
1 Bauten und Anlagen sind nach den anerkannten Regeln der Baukunde zu erstellen und zu unterhalten. 2 Sie haben ein gesundes Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen und die Sicherheit von Mensch, Tier und Sachen zu gewährleisten.	SVP Fraktion Abs. 2: Ersatzlos streichen.	
§ 5 Abstellräume	§ 5 Abstellräume	
1 Gebäude mit drei oder mehr Wohnungen haben Abstellräume für Velos, Kinderwagen und dergleichen aufzuweisen. 2 Diese Abstellräume sind nahe einem Hauszugang, nach Möglichkeit hindernisfrei anzuordnen.	SVP-Fraktion Abs. 2: Ersatzlos streichen.	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

§ 6 Spiel- und Freiflächen	§ 6 Spiel- und Freiflächen	
<ol style="list-style-type: none"> 1 Bei Gebäuden und Überbauungen mit sechs oder mehr Wohnungen hat die Bauherrschaft an geeigneten Standorten genügend besonnte Spiel- und Freiflächen zu erstellen. 2 Nach Möglichkeit sind gemeinsame, mehreren Bauten dienende Spiel- und Freiflächen zu erstellen. 3 Die Grösse der Spiel- und Freiflächen muss mindestens 15 % der für das Wohnen anzurechnenden Geschossfläche gemäss Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG) betragen. 4 Arealbebauungen und Überbauungen mit Bebauungsplan haben zusammenhängende und gut gestaltete Spiel- und Freiflächen im Umfang von mindestens 15 % der anzurechnenden Landfläche gemäss Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG) auszuweisen. 5 Bei erheblichen Änderungen an bestehenden Wohnbauten bzw. Überbauungen mit sechs oder mehr Wohnungen sind Spiel- und Freiflächen zu schaffen, soweit die örtlichen Verhältnisse es zu-lassen. 6 Die Spiel- und Freiflächen sind ihrem Zweck dauernd zu erhalten. 	<p>SVP-Fraktion</p> <p>Abs. 4: Ersatzlos streichen.</p> <p>Eventualantrag: Die Spiel- und Freiflächen können unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten vom Stadtrat entsprechend reduziert festgelegt werden.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

<p>§ 8 Quartierfreiräume</p> <p>1 In den im Zonenplan bezeichneten Gebieten sind zusätzlich zu den Spiel- und Freiflächen gemäss § 6 öffentlich zugängliche, zusammenhängende Quartierfreiräume von mindestens 5 % der anzurechnenden Landfläche gemäss Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG)³ auszuscheiden und attraktiv zu gestalten.</p> <p>2 Pflege und Unterhalt gehen zu Lasten der Stadt Zug.</p>	<p>§ 8 Quartierfreiräume</p> <p>FDP Fraktion</p> <p>Es bedarf einer Unterscheidung: Wir vertreten die Auffassung, dass in den Zonen W1, W2 neben den Spiel- und Freiflächen gemäss § 6 grundsätzlich keine zusätzlichen Quartierfreiräume notwendig sind. Solche Quartierfreiräume sind indes in der Zone W3 durchaus erwünscht.</p>	
<p>§14 Grenz- und Gebäudeabstände</p> <p>1 Die Grenzabstände sind auch gegenüber den Zonengrenzen der Zonen OelB, OelF und der Landwirtschaftszone einzuhalten, auch wenn diese keine Grundstücksgrenzen bilden.</p> <p>2 In der Arbeitszone AA und den Wohn- und Arbeitszonen WAA und WAB gelten gegenüber Grundstücken, die in einer anderen Zone liegen, die Abstände der anderen Zone.</p> <p>3 Der Grenzabstand für Unterniveaubauten beträgt 1,00 m. Der Stadtrat kann im Interesse der Bepflanzung und zur Verhinderung der Bodenversiegelung einen grösseren Abstand verlangen.</p> <p>4 Der Grenzabstand von Kleinbauten beträgt 2,50 m.</p>	<p>§ 14 Grenz- und Gebäudeabstände</p> <p>FDP Fraktion</p> <p>Abs. 1: Dieser Absatz ist ersatzlos zu streichen.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
<p>5 Für energetische Sanierungen von rechtmässig bestehenden Bauten können der Grenz- und der Gebäudeabstand um das technisch notwendige Mass verringert werden.</p> <p>6 Gegenüber den vor dem 5. Juli 1995 bereits bestehenden Bauten auf Nachbargrundstücken ist der Grenzabstand, nicht aber der Gebäudeabstand einzuhalten. Werden abgegoltene Spiel- und Freiflächen nachträglich im vorgeschriebenen Umfang erstellt, wird die bezahlte Ersatzabgabe innert 30 Tagen zinslos zurückerstattet.</p> <p>7 Ausserhalb der Bauzonen gilt gegenüber Bauzonengrenzen ein Abstand von 6,00 m.</p>	<p>FDP Fraktion</p> <p>Abs. 1:</p> <p>Dieser Absatz ist ersatzlos zu streichen.</p>	
<p>§ 17 Ausnützungsziffer</p>	<p>§ 17 Ausnützungsziffer</p>	
<p>1 Die anrechenbare Geschossfläche umfasst die Geschossflächen gemäss Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG) zuzüglich der Flächen über dem obersten Vollgeschoss, soweit die lichte Höhe 1,70 m oder mehr beträgt und soweit sie sich als Wohn-, Schlaf- oder Arbeitsräume eignen.</p> <p>2 Technisch bedingte Bauten werden nicht angerechnet, wenn sie in das Dach- oder Attikageschoss im Sinne der Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG) integriert werden.</p>	<p>Fraktion Alternative / CSP</p> <p>Die anrechenbare lichte Höhe ist wieder auf die landesweit übliche Höhe von 1.50 m zu setzen.</p> <p>Die BPK empfiehlt dieses Mass von 1.50 m mit 8 zu 2 Stimmen.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
<p>§ 18 Ausnützungszuschlag MINERGIE-P®-Standard</p>	<p>§ 18 Ausnützungszuschlag MINERGIE-P®-Standard</p>	
<p>Werden Bauten und Anlagen nach MINERGIE-P®-Standard gebaut, wird ein Ausnützungszuschlag von 5 % gewährt. Bei Arealbebauungen wird dieser Ausnützungszuschlag zusätzlich zu den Abweichungen gemäss § 32 Abs. 1 gewährt.</p>	<p>Fraktion Alternative / CSP</p> <p>Der ursprüngliche Paragraph mit Ausnützungszuschlag von 5 % ist zu belassen. Es ist ein Bonusdach einzuführen, damit nicht zu hohe Ausnützungszuschläge generiert werden können. Damit kann den Bedenken des Stadtrats entsprochen werden.</p>	
<p>§ 19 Wohnanteil</p>	<p>§ 19 Wohnanteil</p>	
<p>Der Stadtrat kann den Wohnanteil reduzieren oder aufheben,</p> <ul style="list-style-type: none"> a) wenn die Wohnqualität wegen der Lage der Räume schlecht ist und nicht verbessert werden kann, b) wenn die Reduktion Kleinbetrieben im Erdgeschoss dient, c) wenn Einrichtungen öffentlichen Interessen oder der Quartiersversorgung dienen. 	<p>FDP Fraktion</p> <p>Wir beantragen, den ursprünglichen Abs.1 wieder einzuführen, jedoch ohne den Begriff «Verwaltungsgebäude».</p> <p>Zudem ist der Abschnitt c) zu streichen.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

§ 22 Dachgestaltung	§ 22 Dachgestaltung	
<ol style="list-style-type: none"> 1 Dachaufsichten sind in die architektonische Gesamtgestaltung des Gebäudes einzubeziehen. 2 Bei Schrägdächern darf die Breite von Dachaufbauten und Dacheinschnitten zusammen höchstens ein Drittel der dazugehörigen Fassadenlänge betragen. 3 Bei Flachdächern grösser als 25 m² ist mindestens eine der Gebäudegrundfläche entsprechende Fläche zu begrünen. Ausgenommen davon sind begehbbare Terrassen, Dachaufbauten und Installationen gemäss Abs. 4 sowie Flächen für Anlagen zur Energiegewinnung. 4 Dachaufbauten und Installationen auf Flachdächern sind nur zulässig, wenn der Standort technisch bedingt ist. Sie sind in die Dachgestaltung miteinzubeziehen. 5 Bei guter Einordnung in die Dachgestaltung können Ausnahmen bewilligt werden. 	<p>FDP Fraktion</p> <p>Wir beantragen eine neue Formulierung von Abs. 5: «Bei guter Einordnung in die Dachgestaltung kann von den Absätzen 2, 3 und 4 abgewichen werden.»</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

<p>§ 24 Terrainveränderungen im Allgemeinen</p> <p>1 Terrainveränderungen sind auf das Minimum zu beschränken. Sie sind sorgfältig und mit Bezug zum Kontext des Quartiers und der angrenzenden Liegenschaften vorzunehmen.</p> <p>2 Das gestaltete Terrain (Stützmauern, Böschungen, Aufschüttungen und dergleichen) darf das gewachsene Terrain um höchstens 1,50 m, im Lot gemessen, überragen.</p>	<p>§ 24 Terrainveränderungen im Allgemeinen</p> <p>FDP Fraktion</p> <p>Abs. 1: Der ursprüngliche Antrag soll beibehalten werden. «Terrainveränderungen sind auf das Minimum zu beschränken» streichen.</p> <p>Neu: »Terrainveränderungen sind sorgfältig und mit Bezug zum....«.</p>	
<p>§ 27 Öffentlicher Aussichtsschutz</p> <p>1 Um die im Anhang 2 bezeichneten Aussichtslagen und -punkte der Öffentlichkeit zu erhalten, kann der Stadtrat die Situierung eines Gebäudes, die Gebäudehöhe, die Dachgestaltung, die Firsthöhe sowie die Umgebungsgestaltung und Bepflanzung festlegen.</p> <p>2 Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens hat die Bauherrschaft nachzuweisen, dass die Aussichten gemäss Anhang 2 zu dieser Bauordnung gewahrt bleiben.</p>	<p>§ 27 Öffentlicher Aussichtsschutz</p> <p>SVP Fraktion</p> <p>Der ganze Paragraph ist ersatzlos zu streichen.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
<p>§ 28 Bepflanzung und Einfriedungen</p>	<p>§ 28 Bepflanzung und Einfriedungen</p>	
<p>Mit der Baubewilligung kann der Stadtrat verlangen, dass vorhandene Bäume, Gehölze, besondere Baumgruppen und Grünanlagen bestehen bleiben, neu Bäume und Sträucher gepflanzt werden sowie das Vorgartenland als Teil eines durchgehend gestalteten Strassenraums gärtnerisch hergerichtet wird. Derartige Auflagen können insbesondere auch gemacht werden, um die Bodenversiegelung zu begrenzen.</p>	<p>SVP Fraktion Der ganze Paragraph ist ersatzlos zu streichen.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

3. Kapitel: Besondere Planungsmittel		
§ 31 Anforderungen an Arealbebauungen	§ 31 Anforderungen an Arealbebauungen	
<p>1 Die Arealbebauung hat gegenüber der Einzelbauweise folgenden erhöhten Anforderungen zu genügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) besonders gute architektonische Gestaltung der Bauten, Anlagen und Freiräume; b) besonders gute Einordnung in das Orts-, Quartier- und Landschaftsbild; c) besonders gut gestaltete Grundrisse bezüglich Wohnkomfort und Wohnhygiene bzw. Arbeitsplatzqualität; d) besonders gut gestaltete und zusammenhängende Spiel- und Freiflächen gemäss § 6; e) sorgfältiger Umgang mit dem bestehenden Baumbestand bzw. angemessene Ersatzpflanzungen; f) zweckmässige und hindernisfreie arealinterne Fussgängerverbindungen und Anschluss an das angrenzende Fusswegnetz; g) zweckmässige Erschliessung mit Sammelgaragen; 	<p>SP-Fraktion</p> <p>Absatz 1 lit. h umweltfreundliche Energiekonzeption:</p> <p>Ersetzen durch:</p> <p>„Es sind die für öffentliche Bauten gültigen Gebäudestandards 2008 der Energiestädte einzuhalten“.</p>	<p>Begründung:</p> <p>Diese auch in der Stadt Zug gültigen Energiestandards für öffentliche Bauten sollen bis Ende 2009 in 50 Schweizer Städten eingeführt sein. Eine Anwendung auf private Arealüberbauungen scheint zweckmässig. Denn es sind sehr wirkungsvolle und erprobte Vorschriften. Sie verfolgen einen Integralen Ansatz mit z.B. differenzierten Vorschriften für Neu- und Altbauten und einer markanten Anwendung erneuerbarer Energie. Die Kosten zur Erfüllung dieses Gebäudestandards liegen nur wenige Prozente über jenen des Minergiestandards, welcher vom Kanton für Arealüberbauungen vorgeschrieben wird. Gleiche Standards für private und öffentliche (Areal-) Bauten führen zu einer Vereinfachung für Planer und Vollzug.</p>

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
<p>h) umweltfreundliche Energiekonzeption: Für den Wärmeschutz von Neubauten und Gesamtsanierungen sind die Zielwerte nach dem MINERGIE®-Standard oder der Norm SIA 380/1 einzuhalten. Bei Neubauten und Gesamtsanierungen müssen mindestens 20 % des Energiebedarfs für Heizung und Warmwasser mit erneuerbarer Energie gedeckt werden.</p> <p>i) gemeinsame Entsorgungsanlagen.</p> <p>2 Der Stadtrat kann verlangen, dass bis zu ¾ der Autoabstellplätze in unterirdischen Sammelgaragen zusammengefasst werden</p>	<p>SP-Fraktion</p> <p>Absatz 1 lit. h umweltfreundliche Energiekonzeption: Ersetzen durch: „Es sind die für öffentliche Bauten gültigen Gebäudestandards 2008 der Energiestädte einzuhalten“.</p> <p>Fraktion Alternative / CSP</p> <p>Absatz 1 lit. h: . . .müssen mindestens 40 % mit erneuerbarer Energie gedeckt werden, soweit dies der Standort zulässt.</p> <p>SP-Fraktion</p> <p>Absatz 1 Neu lit. j: „Die Bauten dürfen auf Grund ihrer Volumina, Anordnung und Ausrichtung die Durchlüftung der Umgebung durch Lokalwinde wie z.B. Hangwinde nicht beeinträchtigen.“</p>	<p>Begründung:</p> <p>Diese auch in der Stadt Zug gültigen Energiestandards für öffentliche Bauten sollen bis Ende 2009 in 50 Schweizer Städten eingeführt sein. Eine Anwendung auf private Arealüberbauungen scheint zweckmässig. Denn es sind sehr wirkungsvolle und erprobte Vorschriften. Sie verfolgen einen integralen Ansatz mit z.B. differenzierten Vorschriften für Neu- und Altbauten und einer markanten Anwendung erneuerbarer Energie. Die Kosten zur Erfüllung dieses Gebäudestandards liegen nur wenige Prozente über jenen des Minergiostandards, welcher vom Kanton für Arealüberbauungen vorgeschrieben wird. Gleiche Standards für private und öffentliche (Areal-) Bauten führen zu einer Vereinfachung für Planer und Vollzug.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Stadt Zug weist aufgrund der Lage zwischen Berg und See ein natürliches, lokales Schwachwindsystem auf, das von mikroklimatischer Bedeutung ist. Denn es wirkt temperaturregulierend und verdünnt Luftschadstoffe.</p>

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
	<p>SP-Fraktion</p> <p>Absatz 1 Neu lit. j:</p> <p>„Die Bauten dürfen auf Grund ihrer Volumina, Anordnung und Ausrichtung die Durchlüftung der Umgebung durch Lokalwinde wie z.B. Hangwinde nicht beeinträchtigen.“</p>	<p>Voluminöse Bauten können Lokalwinde umleiten oder gar blockieren und damit das lokale Mikroklima verändern. Während andauernden Hochdrucklagen kann dies im Sommer zu lokalen Hotspots bezüglich Temperatur und verminderter nächtlicher Abkühlung sowie im Winter zu starker Luftbelastung führen! Dieser Effekt ist insbesondere bei ausgedehnten Bauten quer zur Strömungsrichtung und bei geschlossenen Strassenrandbebauungen zu befürchten. Gefährdet dürfte insbesondere das massiv zu überbauende Gebiet in der Lorzenebene sein.</p> <p>Das Problem der negativen Veränderung urbaner Mikroklimata durch unzweckmässige Bebauung ist in Wissenschaft und Forschung erkannt, hat aber bisher noch wenig Eingang in die Ortsplanungen gefunden. In Anbetracht der in Zug zu beobachtenden rasanten Zunahme grossvolumigen Bauten, scheint es zweckmässig, sich bereits jetzt mit dem Problem zu beschäftigen und vorsorgliche Massnahmen zu treffen. Längerfristig kann nur ein mikroklimatisches Modell Klarheit schaffen über detaillierte Auswirkung urbaner Bauten auf das Mikroklima.</p>

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

§ 32 Abweichungen von der Regelbauweise bei Arealbebauungen	§ 32 Abweichungen von der Regelbauweise bei Arealbebauungen	
<p>1 Erfüllt eine Arealbebauung die Anforderungen gemäss § 31 und weist sie eine anrechenbare Landfläche von mindestens 3000 m² am Hang oder mindestens 4000 m² in der Ebene aus, kann der Stadtrat folgende Abweichungen von den Vorschriften für die Einzelbauweise bewilligen:</p> <p>a) Ausdehnung der maximal zulässigen Gebäudelänge um bis zu 30 %;</p> <p>b) Erhöhung der zonengemässen Ausnutzung und der Baumasse um bis zu 20 % sowie Bewilligung eines zusätzlichen Vollgeschosses in den Zonen W2c, W3, W4, WA3 und WA4. In den übrigen Zonen ist ein zusätzliches Vollgeschoss nur anstelle eines Dach- oder Attikageschosses gestattet.</p> <p>2 Wird ein zusätzliches Vollgeschoss realisiert, erhöhen sich die ordentlichen Grenzabstände um 1,50 m. Die Erhöhung der Grenzabstände entfällt, wenn das Vollgeschoss anstelle eines Dach- oder Attikageschosses realisiert wird.</p>	<p>Fraktion Alternative / CSP</p> <p>Abs. 1: Die Landfläche für Arealbebauungen hat generell 4'000 m² zu betragen. Eine Arealbebauung macht erst ab einer gewissen Grösse Sinn. Unterscheidung von Hang und Ebene ist fragwürdig.</p> <p>FDP Fraktion</p> <p>Abs. 1: Wir beantragen, dass wie bis anhin bereits eine anrechenbare Landfläche von 2000 m² für den Arealbaubonus ausreicht. Eine Differenzierung am Hang soll ausschliesslich über die Reduktion der Gebäudehöhe bzw. der Geschoszahl erreicht werden.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
<p>3 Terrassenhäuser im Sinne von § 23 dürfen zwei Geschosse mehr und ein zusätzliches versetztes Untergeschoss aufweisen. Maximal dürfen fünf übereinander liegende Geschosse in Erscheinung treten. Es gelten die ordentlichen Grenzabstände.</p>		
<p>§ 33 Quartiergestaltungspläne</p>	<p>§ 33 Quartiergestaltungspläne</p>	
<p>1 Quartiergestaltungspläne geben eine in der Regel dreidimensionale Übersicht über eine zweckmässige bauliche Entwicklung, die städtebauliche und landschaftliche Gestaltung, die Anordnung, Nutzung und Gestaltung der Freiräume, die Erschliessung usw. eines Quartiers oder Teilen davon.</p> <p>2 Quartiergestaltungspläne bilden die Grundlage für die Ausarbeitung von Baulinien-, Arealbebauungs- und Bebauungsplänen und das Bauen in Einzelbauweise.</p> <p>3 Der Stadtrat kann zur Sicherung des Inhalts von Quartiergestaltungsplänen die Erarbeitung eines Bebauungsplans verlangen.</p>	<p>SVP Fraktion</p> <p>Abs. 3: Ersatzlos streichen.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

§ 34 Konkurrenzverfahren	§ 34 Konkurrenzverfahren	
<p>Bei Bebauungsplänen kann der Stadtrat ein Konkurrenzverfahren verlangen, wenn eine besonders hohe Qualität im öffentlichen Interesse liegt. In diesem Fall sind fünf Projektentwürfe erforderlich und bei der Ausarbeitung des Programms sowie bei der Beurteilung der Projektentwürfe ist eine städtische Vertretung zu beteiligen. Die Stadt beteiligt sich mit einem Drittel an den Kosten des Konkurrenzverfahrens.</p>	<p>SVP Fraktion Ganzer Paragraph ersatzlos streichen.</p>	

§ 36 Grundmasse der Wohn-, Misch- und
Arbeitszonen

§ 36 Grundmasse der Wohn-, Misch- und
Arbeitszonen

Bezeichnung:	Abkürzung	Vollgeschosszahl (V PBG)		Min. Wohnanteil (§ 19 BO)	Wohnen zulässig	Nicht störende Betriebe zulässig	Mässig störende Betriebe zulässig	Stark störende Betriebe zulässig	Empfindlichkeitsstufe	Ausnutzungsziffer (AZ gemäss V PBG) und § 17 BO	Baumassenziffer (BZ gemäss V PBG)	Freiflächenziffer (FZ gemäss V PBG)	Max. Gebäudelänge in m (gemäss V PBG)	Firsthöhe in m (V PBG) ⁹	Grenzabstand in m (V PBG)		Ergänzungsparagrafen (§)	
		klein (max.)	gross (min.)															
Wohnzone 1	W1	1	80%	X	X	-	-	II	0.25				20		5	8		
Wohnzone 2a	W2A	2	80%	X	X	-	-	II	0.40				30		5	8		
Wohnzone 2b	W2B	2	80%	X	X	-	-	II	0.50				30		5	8		
Wohnzone 2c	W2C	2	80%	X	X	-	-	II	0.50				30		5	8		
Wohnzone 3	W3	3	90%	X	X	-	-	II	0.65				40		6	10		
Wohnzone 4	W4	4	90%	X	X	-	-	II	0.75				60		6	10		
Wohn- und Arbeitszone 2	WA2	2	60%	X	X	X	-	III	0.60				40		5	8		
Wohn- und Arbeitszone 3	WA3	3	60%	X	X	X	-	III	0.80				frei		6	6		
Wohn- und Arbeitszone 4	WA4	4	50%	X	X	X	-	III	1.00				frei		6	6		
Wohn- und Arbeitszone 5	WA5	5	50%	X	X	X	-	III	1.50				frei		6	6		
Wohn- und Arbeitszone A	WAA				X	Mind. 50%	-	III		4.0	0.15		frei	12	5	5		
Wohn- und Arbeitszone B	WAB				X	Mind. 80%	-	III		5.0	0.15		frei	20	5	5		
Arbeitszone	AA		§ 20 Abs. 2 PBG		-	X	X	X	IV		8.0	0.15		frei	25	5	5	
Kernzone A	KA	Allst.Reg	60%		X	X	X	-	III	Gemäss Allstadtdreglement								
Kernzone B	KB	4	60%		X	X	X	-	III	1.10				frei		6	6	39
Kernzone C	KC	5	50%		X	X	X	-	III	2.10				frei		6	6	39
Kernzone D	KD	3	60%		X	X	X	-	III	0.70				30		4	4	38

SVP Fraktion

Neu:

Um einen Anreiz für Gewerberäume zu schaffen, soll in den Zonen WA2 bis WA5 ein Ausnutzungsbonus gewährt werden, wenn ein Bauherr Gewerbeflächen vorsieht.

U.B. Wyss

Neu: Wohnzone W5

W5 mit 5 Vollgeschossen, min. Wohnanteil 90 %, Ausnutzungsziffer 0.80, max. Gebäudelänge 80 m, kleiner bzw. grosser Grenzabstand 6 und 10 m.

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

§ 64 Bewilligungsverfahren	§ 64 Bewilligungsverfahren	
<p>1 In Ergänzung zur Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG) vom 16. November 1999 können zur Beurteilung eines Baugesuches folgende weitere Unterlagen einverlangt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) detaillierter Umgebungs- und Bepflanzungsplan; b) Fassadenansichten unter Einbezug von Nachbargebäuden; c) Modell; d) Nachweis des öffentlichen Aussichtschutzes gemäss § 27. <p>2 Die zusätzlichen Unterlagen nach Buchstaben a bis c sind bei Arealbebauungen zwingend einzureichen.</p>	<p>SVP Fraktion</p> <p>Abs. 1 lit. d: Ersatzlos streichen.</p>	

Bauordnung-Stand 1. Lesung vom 14. August 2008	Anträge zuhanden der 2. Lesung Fraktionen und GGR-Mitglieder 6. Februar 2009	Bemerkungen
---	--	-------------

§ 66 Gebühren	§ 66 Gebühren	
<p>1 Für die Behandlung von Baugesuchen ist eine dem Aufwand oder der Bausumme entsprechende Gebühr zu entrichten. Der tiefere Wert kommt zur Anwendung.</p> <p>2 Kosten für Expertisen, spezielle Abklärungen usw. werden separat in Rechnung gestellt.</p> <p>3 Der Stadtrat erlässt eine Gebührenverordnung.</p>	<p>SVP Fraktion</p> <p>Abs. 1 teilweise streichen: Neu: „Für die Behandlung von Baugesuchen ist eine dem Aufwand entsprechende Gebühr zu entrichten.“</p> <p>Abs. 2 ersatzlos streichen.</p> <p>Abs. 3 ersetzen: Neu: „Der Grosse Gemeinderat erlässt eine Gebührenverordnung.“</p>	

BO	Bauordnung der Stadt Zug vom 14. August 2008
PBG	Planungs- und Baugesetz (PBG) vom 26. November 1998 (BGS 721.11)
V PBG	Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG) vom 19. November 1999 (BGS 721.111)
GewG	Gesetz über die Gewässer (GewG) vom 25. November 1999 (BGS 731.1)
V GewG	Verordnung zum Gesetz über die Gewässer (V GewG) vom 25. November 1999 (BGS 731.1)